parlamentsreport

Ausgabe
24/25 – 2019

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Mehr Anerkennung für Feuerwehrangehörige

3 Zum Paritätischen Armutsbericht 2019

4 Aus der Debatte zum Thüringen-Monitor

7 Zur Kritik der KTS an Semestergebühren

Kommentar

Der Monitor

Foto: ©Landtagsfraktion DIE LINKE

Von Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende

Der Thüringen-Monitor 2019 mit dem Schwerpunkt Gesundheitspolitik macht deutlich, dass Rot-Rot-Grün genau dort ansetzt, wo der Schuh noch drückt. Zum Beispiel bei der Einrichtung von Polikliniken, der Förderung niedergelassener Ärzte im ländlichen Raum, der Unterstützung bei der Facharztausbildung, der Finanzierung von Gemeindeschwestern, den Kooperationen zur Verbesserung der Pflegeausbildung. Wenn die Menschen mit der medizinischen Versorgung zufrieden sind, dann wächst auch ihr Vertrauen in die Demokratie. Die LINKE wird darauf hinwirken, dass die medizinische und pflegerische Versorgung insbesondere auf dem Lande weiter gestärkt wird.
Der Thüringen-Monitor untersuchte auch wieder die Einstellungen zur Demokratie, Institutionenvertrauen, Migration und anderen gesellschaftspolitischen Themen. Sehr besorgniserregend ist das Anwachsen antisemitischer und fremdenfeindlicher Einstellungen. Wir können uns nicht damit zufriedengeben, dass die übergroße Mehrheit hinter der Demokratie als Gesellschaftsform steht. Der wachsende Antisemitismus, menschenfeindliche und rassistische Einstellungen sind ein Aufruf an alle Demokratinnen und Demokraten, rechter Propaganda in jeder Form deutlich entgegenzutreten. Es gibt keine Toleranz für Intoleranz. Deshalb wird die LINKE es auch nicht zulassen, dass an den Landesprogrammen, die die Förderung der Demokratie und der Verständigung zum Gegenstand haben, Kürzungen vorgenommen werden. Im Gegenteil: Es sind die demokratischen Parteien dazu aufgerufen, die Anstrengungen zur interkulturellen Bildung und zur Vermittlung humanistischer Werte zukünftig noch zu verstärken. *(s.a. Seiten 4 und 5)*

„So hoch wie nie“

Bodo Ramelow warb im Landtag für Bildung einer Minderheitsregierung

Im Rahmen seiner Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor 2019 am 12. Dezember im Landtag hat Ministerpräsident Bodo Ramelow für die Bildung einer Minderheitsregierung geworben und gesagt: „Die Notwendigkeit, im Parlament Mehrheiten zu suchen, bietet die Chance, besser zuzuhören, Kompromisse zu schließen und den Blick auf Ungewohntes zu richten.“

Freistaat Thüringen Staatskanzlei

„Eine mögliche Minderheitsregierung fordert von uns allen die Bereitschaft, vertraute Pfade der Regierungsbildung zu verlassen, Politik neu zu denken und anders zu organisieren. Sie kann sicherlich anstrengend werden und wird viel mehr Kommunikation erfordern. Sie wird Geduld abverlangen, aber sie kann genau deshalb auch sehr lohnend sein. Weil mehr geredet wird, weil geduldig lagerübergreifend nach dem besten Weg gesucht werden muss.“

Aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow zum Thüringen-Monitor 2019

Außerdem betonte der Ministerpräsident: „Ich plädiere ausdrücklich nicht für Gleichmacherei. Alle Parteien und ihre differierenden Gesellschaftsmodelle dürfen und sollen sogar in ihrer Unterschiedlichkeit erkennbar bleiben. Die Bürger sollen und müssen auch künftig die Wahl haben, sich zwischen links, rechts und der Mitte zu entscheiden. Auch innerhalb unserer Regierungskoalition haben die drei Parteien ein Interesse daran, im Parteienwettbewerb erkennbar und profiliert zu sein. Aber ich werbe dafür, die Reihenfolge Land, Partei, Person in konkreten Fragen politische Realität werden zu lassen.

Der Thüringen-Monitor unterstützt, das Streben der Politik nach mehr und zusätzlicher Demokratie. Innerhalb und außerhalb der Parlamente. Nicht nur, dass 90 Prozent der Befragten der Aussage zustimmen, dass die Demokratie, ‚die beste aller Staatsideen‘ ist. Auch die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis hat gegenüber 2018 einen deutlichen Zuwachs erfahren. Heute sind 63 Prozent der Befragten damit zufrieden, zwölf (!) Prozentpunkte mehr als 2018. Das sollte uns, den demokratischen Parteien, politische Verpflichtung sein, mit dem Ergebnis des 27.Oktober verantwortungsvoll umzugehen. Das Vertrauen in die jetzige Landesregierung ist so hoch wie nie.“

„Zumindest gibt es Klarheit“

Viele Verbände und Firmen mit engen Beziehungen zum UK

Zum Ergebnis der Wahlen zum britischen Unterhaus, bei denen Boris Johnson und seine Konservative Partei, die für einen Austritt aus der EU ‚ohne Wenn und Aber‘ stehen, die absolute Mehrheit erhielten, während Labour und ihr Chef Jeremy Corbyn, die für ein mögliches zweites Brexit-Referendum plädierten, herbe Verluste hinnehmen mussten, sagte Markus Gleichmann, europapolitischer Sprecher der Linksfraktion:

Dieser 12. Dezember war ganz sicher kein guter Tag für die EU, aber wenigstens haben wir damit eine klare Entscheidung der Bürger Großbritanniens. Der Sieg der Tories war folgerichtig. Die Labour Partei hatte bis zuletzt nicht den Mut, zum zentralen Thema dieses Wahlkampfes, dem Brexit, eine klare Stellung zu beziehen. Hätte sie die Wahl zu einer Richtungsentscheidung, zu einem stellvertretenden Volksentscheid Pro oder Contra Brexit gemacht, wäre das Ergebnis sicher anders ausgefallen“, so Markus Gleichmann.

Aber zumindest gebe es jetzt Klarheit, auch für die vielen Thüringer Verbände und Firmen, die mit dem UK enge Beziehungen haben. Nach Informationen des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft liegt das Vereinigte Königreich auf Platz 4 der Thüringer Exportziele. Und umgekehrt ist es der zweitgrößte Quellmarkt für Importe von Waren und Dienstleistungen nach Thüringen. Darüber hinaus gibt es mindestens 23 Tochterunternehmen britischer Konzerne und sechs Thüringer Unternehmen mit Beteiligungen auf der britischen Insel. Weiterhin bestehen etwa 200 Partnerschaften und Kontakte zwischen britischen und Thüringer Universitäten, Hochschulen und weiteren Einrichtungen.

„In Anbetracht dessen haben sich der Thüringer Landtag und die Landesregierung bereits in der letzten Legislaturperiode intensiv mit den möglichen Folgen eines Brexits auseinandergesetzt. Das Ziel ist dabei stets gewesen und muss es nun erst recht sein, den Schaden, der durch den Austritt für die Thüringer Wirtschaft und die Kommunen entstehen könnte, zu minimieren“, bekräftigte der LINKE Europapolitiker Markus Gleichmann.

Intelligente Lösungen werden gebraucht

Transformation der Automobilindustrie nur mit den Beschäftigten denkbar

Anlässlich der Aktuellen Stunde am 11. Dezember im Landtag zum Thema „Automobilbranche in Thüringen sicher - Strukturwandel aktiv unterstützen“ erklärte Lena Saniye Güngör, arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:
„Die Herausforderung, vor der wir stehen, die Transformation der Automobilindustrie in Thüringen gut zu gestalten, übersteigt deutschlandweit sogar die Dimensionen des Kohleausstiegs. Wir müssen dafür sorgen, dass sie sowohl sozial als auch ökologisch und ökonomisch gelingt.“

Dies bedinge ein gezieltes und effektives Zusammenarbeiten der demokratischen Fraktionen, insbesondere der Fraktionen von Rot-Rot-Grün. Die Maßnahmen, die Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee im September angekündigt habe, um die Zulieferindustrie mit Kapital, Zusammenarbeit in der Forschung und dem Fachkräftepool Automobilwirtschaft zu unterstützen, seien erste wichtige Bausteine.

Nach Angaben der IG Metall gibt es in 22 Betrieben in Thüringen einen Abbau von insgesamt ca. 4.000 Arbeitsplätzen, fünf angekündigte Schließungen, geplante oder bereits eingesetzte Kurzarbeit und drei Insolvenzen. „Doch die gefährdeten Betriebe in Sonneberg, Eisenach, Erfurt und Nordhausen brauchen Unterstützung, insbesondere die Beschäftigten. Sie sind diejenigen, die die Wertschöpfung jeden Tag erarbeiten und für sie müssen wir uns vorrangig einsetzen. Es geht jetzt darum, die Interessen der Thüringer Beschäftigten im Blick zu haben. Denn die Transformation kann ohne ihr Wissen nicht gelingen. Nur mit ihnen und ihrem wertvollen Wissen zusammen mit der Thüringer Forschungslandschaft kommen wir zu intelligenten Lösungen“, so die Abgeordnete Lena Saniye Güngör.

Foto: © Linksfraktion Thüringen

Vergabegesetz

Unsere Aufgabe

Am 1. Dezember ist das neue Thüringer Vergabegesetz in Kraft getreten. Es sei wirtschaftsfeindlich, kritisieren die Industrie- und Handelskammern. Wir stärken jedoch mit der Einführung des vergabespezifischen Mindestlohns den Grundsatz „Gute Arbeit für Gute Löhne“. Das Land geht voran. Im Übrigen hat das Thema etwas mit Fachkräftegewinnung zu tun. Auch unser Versprechen, unnötige Bürokratie abzubauen, haben wir mit der Einführung des Bestbieterprinzips eingelöst.
Unsere Haltung ist klar: Wirtschaft ist für die Gesellschaft da, soll ökologischen und sozialen Standards entsprechen. Gerade wird eruiert, bei welchen Wirtschaftsthemen eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Fraktionen möglich ist, um weitere Impulse zur Stärkung der Thüringer Wirtschaft zu setzen. Die LINKE hatte in ihrem Landtagswahlprogramm die Forderung nach einer Meistergründungsprämie, um Gründungen und Nachfolgen im Handwerk stärker zu unterstützen. Bei diesem Thema und der Frage der Kosten für die Meisterausbildung sehe ich Möglichkeiten für eine konstruktive Zusammenarbeit. Die verschiedenen Landtagswahlprogramme hatten hier größere Schnittmengen.
Die Marschrichtung wird deutlich. Wir müssen schnellstmöglich zur Sacharbeit in den Ausschüssen kommen, um gemeinsam die beste Lösung für die Thüringerinnen und Thüringer auf den Weg zu bringen. Das ist unsere Aufgabe als neu gewählte Abgeordnete.

Andreas Schubert ist wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion

Feuerwehren leisten unschätzbar wichtige Arbeit

Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige kräftig erhöht

Seit 1993 haben Thüringer Feuerwehrangehörige, die in Funktionen arbeiten, eine nahezu immer gleiche Aufwandsentschädigung bekommen. Das hat sich Anfang Dezember geändert, denn da ist eine neue Fassung der entsprechenden Verordnung in Kraft getreten, mit der Angehörige Freiwilliger Feuerwehren für viele Bereiche nun die doppelte Entschädigung erhalten. Dazu gehören zum Beispiel Stadtbrandmeister, Wehrführer oder Jugendfeuerwehrwarte.

Wie Steffen Dittes, der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, weiter informiert hatte, erhöht sich auch für zwanzig andere Aufgabenbereiche in den Freiwilligen Feuerwehren in Thüringen die Summe der Ansätze deutlich. Dies betreffe etwa Ausbilder und weitere Führungskräfte.

Damit setzt die Landesregierung einen Landtagsbeschluss, der auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst wurde, um. Dieser hatte zum Ziel, die Feuerwehrentschädigungsverordnung zu überarbeiten, damit Feuerwehrleute eine zeitgemäße Entschädigung erhalten. Diese sollte im angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Aufwand stehen.

Die Umsetzung des Landtagsbeschlusses (Nummer 6/4877) vom 14.12.2017 war mit vielen Prüfungen und Überarbeitungen durch die Landesregierung verbunden. Dadurch hatte sie länger gedauert als erwartet worden war. Dennoch zeigte sich Steffen Dittes zufrieden, dass die Verordnung nun tatsächlich rechtskräftig ist.

„Insgesamt 26 Jahre haben die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren auf eine Überarbeitung warten müssen. Dass sie nun da ist, freut uns sehr, denn die überwiegend ehrenamtlich Aktiven leisten eine unschätzbar wichtige Arbeit für die öffentliche Sicherheit in Thüringen. Mit den erhöhten Ansätzen drücken wir Wertschätzung und Anerkennung aus und hoffen zugleich, dass das Ehrenamt Freiwillige Feuerwehr noch Stückchen attraktiver wird, um auch perspektivisch Nachwuchskräfte zu gewinnen.“

Zum Hintergrund:
Wehrführer erhalten bisher einen Grundbetrag von 25 Euro, höchstens 110 Euro, seit dem 1. Dezember 2019 erhöhte sich der Betrag auf mindestens 50 Euro sowie maximal 170 Euro. Die Obergrenze bei Ortsbrandmeistern verschiebt sich beispielsweise von 110 Euro auf maximal 300 Euro zuzüglich eines verdoppelten Zuschlags für jede aufgestellte Ortsteilfeuerwehr. Kreisausbilder und Ausbilder in kreisfreien Städten sowie Ausbilder in Gemeinden mit Aufgaben, die mit denen der Kreisausbilder vergleichbar sind, haben bisher elf Euro je Ausbildungsstunde erhalten, mit der Anpassung sind es ab sofort 17 Euro pro Stunde.

Die neue Verordnung ist im Gesetz- und Verordnungsblatt 7/13 am 29.11.2019 erschienen.

„Zerklüftetes Land“

Paritätischer Armutsbericht 2019/Grundsicherungen notwendig

Der am 12. Dezember veröffentlichte Paritätische Armutsbericht 2019 zeigt ein sozial tief zerklüftetes Deutschland. Trotz eines Rückgangs der bundesweiten Armutsquote auf 15,5 Prozent im vergangenen Jahr zeichnen sich neue Problemregionen ab. Der Graben verläuft längst nicht mehr nur zwischen Ost und West. In Thüringen stieg die Armutsquote leicht an, von 16,3 auf 16,4 Prozent. Von den sozial bedürftigen Erwachsenen sind 29 Prozent in Rente und 32 Prozent erwerbstätig. Bei Kindern in Thüringen liegt die Armutsquote bei 21,4 Prozent.

Es müsse konsequenter gegen Armut - insbesondere gegen Kinderarmut und Armut von Rentnerinnen und Rentnern – vorgegangen werden, sagte Karola Stange, Sprecherin für Soziales der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und forderte von der Bundespolitik die Einführung einer Kindergrundsicherung. „Außerdem brauchen wir endlich eine Altersgrundsicherung, die tatsächlich vor Armut im Alter schützt“, so die Abgeordnete.

Aus dem Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes geht hervor, dass Armut von Rentnerinnen und Rentnern in den letzten zehn Jahren um 33 Prozent und damit so stark wie bei keiner anderen Gruppe gestiegen ist.

„Das können wir nicht hinnehmen. Rentenlücken müssen auch durch eine sofortige Angleichung zwischen Ost und West umgehend geschlossen werden - 30 Jahre nach der deutschen Einheit ist es höchste Zeit dafür. Zusätzlich muss das Rentenniveau wieder mindestens auf 53 Prozent angehoben werden“, betonte Karola Stange.

„Es ist nicht akzeptabel, dass jedes fünfte unserer Kinder in Thüringen in Armut lebt“, so die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel. „Das zeigt, dass die Entscheidungen der Bundesregierung zum Kinderzuschlag, zum Kindergeld oder zu den Regelleistungen nach Hartz IV zur Verhinderung von Kinderarmut völlig unzureichend sind.“

Es müsse daher endlich für alle Kinder eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. „Damit könnte der grundlegende Bedarf, den Kinder für eine chancengleiche, gesunde Entwicklung benötigen, gedeckt werden. Die LINKE wird in diesem Sinne die weitere Diskussion zu den Plänen der Bundesregierung für eine Kindergrundsicherung kritisch begleiten“, kündigte Kati Engel an. Die Linksfraktion im Thüringer Landtag unterstützt die Forderungen des Paritätischen Gesamtverbandes nach einem höheren Mindestlohn und höheren Hartz IV-Regelsätzen sowie zu Reformen der Altersgrundsicherung.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich Deutschland bei der Armut inzwischen viergeteilt. Dem wohlhabenden Süden (Bayern und Baden-Württemberg mit einer Armutsquote von zusammen 11,8 Prozent), stehen NRW mit einer Armutsquote von 18,1 Prozent und der Osten (17,5 Prozent) gegenüber. „Der Armutsbericht zeigt, dass auch der Westen Deutschlands tief gespalten und weit entfernt ist von Einheitlichkeit oder gleichwertigenLebensbedingungen“, so Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Dieser fordert in seinem Bericht „einen dezidierten Masterplan zur Armutsvermeidung“.

» AfD-Kandidatin

Nachdem sie bereits beim Wahlgang im November durchgefallen war, wurde die AfD-Kandidatin für das Vizepräsidentenamt im Thüringer Landtag, Tosca Kniese, erneut nicht gewählt. Sie erhielt bei der geheimen Abstimmung am 12. Dezember 39 Stimmen. 40 Abgeordnete stimmten gegen sie, es gab vier Enthaltungen. Über Kniese heißt es, dass sie in Eisenach und in sozialen Netzwerken immer wieder islamfeindlich aufgetreten sei, sich mit FPÖ-Politikern mit Verbindungen zur Neonaziszene getroffen habe, ohne Gerichtsbeschluss in Selbstjustiz Privatfahndungen durchgeführt und sich über die Regelungen der Strafprozessordnung hinweggesetzt habe.

» Mandats-Wechsel

Am 4. Dezember hatte der SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, seinen Verzicht auf das Landtagsmandat erklärt.
Es sei schwierig, die Verpflichtungen eines Abgeordneten parallel zu seinen Aufgaben als Minister, Landesparteivorsitzender und Verhandlungsführer bei der Regierungsbildung wahrzunehmen, so wurde begründet - und auch, dass er mit dem Mandatsverzicht die Fraktion stärken wolle. Für ihn rückte Dr. Thomas Hartung (SPD) als Listennachfolger nach. Hartung (1970 in Weimar geboren) war u. a. von 2009 bis 2014 sowie von 2017 bis 2019 Mitglied des Thüringer Landtags.

» Polizei

Die Linksfraktion hatte die Personalsituation bei der Thüringer Polizei zum Thema ihrer Aktuellen Stunde am 11. Dezember im Landtag gemacht und damit Parlament und Landesregierung die Möglichkeit gegeben, über die Umsetzung der Stellenmehrung bei der Polizei zu diskutieren.
Im Juni hatte der Landtag auf Antrag von Rot-Rot-Grün beschlossen, dass im Rahmen des Landeshaushalts für das Jahr 2020 insgesamt 140 Stellen im Bereich der Thüringer Polizei geschaffen weden. Dabei ging es auch um verbesserte Beförderungsbedingungen. Ziel bleibt, die Attraktivität auch für den mittleren Dienst in der Thüringer Polizei deutlich anzuheben.

Petitionsausschuss zügig gestartet

Praktisch jeder Mensch in Thüringen – unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit und eigentlich auch seinem Alter – also auch Kinder und Jugendliche – können sich mit ihren Anliegen an den Landtag und die dortigen Abgeordneten wenden. Das ist sogar als Grundrecht in Artikel 14 der Thüringer Verfassung verankert.

Auf den „klassischen“ nicht-digitalen Wegen ging die Anzahl der eingereichten Petitionen für das Jahr 2018 (Anm.: aktuellste verfügbare Jahreszahlen) im Vergleich zum Vorjahr zwar um 234 auf 831 zurück. Das Interesse an Petitionen ist dennoch ungebrochen hoch, denn gleichzeitig stieg die Beteiligung an (öffentlichen) Online-Petitionen deutlich an auf 11.658 Menschen – so viele, wie noch nie.

Zum einen reichen ältere Menschen immer noch gerne Petitionen ein, weil sie mit der „Eingabe“ aus Vorwende-Zeiten ein ähnliches Instrument kennen. Zum anderen gewinnt die im Jahr 2013 ins Petitionsrecht eingeführte öffentliche Petition immer mehr an Beliebtheit. Das bedeutet: Unterstützen mindestens 1.500 Menschen eine vom Landtag öffentlich gemachte Petition auf der Onlineplattform, gegebenenfalls auch durch Unterschrift, dann findet zu dieser Petition – vorausgesetzt der Persönlichkeitsschutz der betroffenen Petenten steht dem nicht entgegen – eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss statt.

Zu den Anhörungen können dann vom Ausschuss neben den Initiatoren der Petition auch noch weitere Fachleute hinzugezogen werden. Zum Glück ist damit auch in der 6. Wahlperiode das Engagement und Interesse der Menschen ungebrochen geblieben, obwohl es nach den Wahlen 2014 wegen der damaligen Geschäftsordnung des Landtags (GOLT) sehr lange gedauert hatte, bis der Ausschuss zum Arbeiten kam.

Doch eine Initiative der LINKE-Fraktion – unterstützt von den beiden anderen R2G-Fraktionen - brachte Abhilfe: Nach den neuen GOLT-Vorschriften wurde die Bildung des Petitionsausschusses schon in der allersten Sitzung des neuen Landtags beschlossen und er hat dann die Pflicht, danach innerhalb von vier Wochen das erste Mal zusammenzukommen und seine inhaltliche Arbeit zu beginnen. Das war jetzt für die neue 7. Wahlperiode am Dienstag, den 17. Dezember, der Fall.

Für die LINKE-Fraktion sind die Abgeordneten Anja Müller, Ute Lukasch, Philipp Weltzien und Kati Engel Mitglieder des Ausschusses. Wie in den vergangenen Wahlperioden sind auch wieder Sprechstunden des Petitionsausschusses als Vorort-Termine außerhalb von Erfurt geplant.

Zahlen und Fakten

Einstellungen zur Demokratie

Der Thüringen-Monitor 2019 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.100 wahlberechtigen Thüringer*innen, die zwischen dem 27. Mai bis 6. Juli 2019 durchgeführt wurde.

Es zeigt sich erneut – wie bereits in den Thüringen-Monitoren 2016, 2017 und 2018 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen im Hinblick auf die Demokratie. Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass die jungen Thüringer*innen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren eine deutlich positivere Bewertung der Demokratie abgeben: Mit den älteren Altersgruppen teilen sie hohe Werte bezüglich Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Sie zeigen jedoch im Vergleich zu älteren Befragten eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement, z.B. in Parteien oder bei Demonstrationen, sehen seltener eine Responsivitätslücke zwischen politischen Eliten und Bevölkerung und sind deutlich seltener positiv gegenüber nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und historischen Diktaturen in Deutschland eingestellt.

Insgesamt liefert der diesjährige Thüringen-Monitor im Hinblick auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen jedoch besorgniserregende Befunde. Die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Aussagen ist in diesem Jahr im Vergleich zu 2018 zum Teil deutlich angestiegen. Auf einem Höchststand befinden sich die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auffällig ist, dass dieser Anstieg nicht alle Bevölkerungsgruppen in Thüringen gleichermaßen betrifft, sondern insbesondere Thüringer*innen mit geringerem Bildungsgrad, aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten bzw. in Dorfgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern.

https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen-Monitor-2019-Zusammenfassung.pdf

Thüringen-Monitor

Aus der Rede von Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion

Der Thüringen-Monitor sagt sehr deutlich – und zum wiederholten Mal -, dass die wahrgenommen Gerechtigkeitsdefizite und die Angst vor sozialem Abstieg den Nährboden für rechtsextreme Einstellungen bilden. Umgekehrt sind die Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit und der Schutz vor Abstieg die wichtigsten Instrumente demokratischer Politik, wenn es darum geht, rechtsextreme Einstellungen zurückzudrängen. Dieser Politik ist meine Partei verpflichtet.

Darüber hinaus hat jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht und die Pflicht, menschenverachtenden Worten und Taten entgegenzutreten. Das gilt zu allererst für uns selbst, weil die Stimmen von Politiker*innen in der Öffentlichkeit besondere Beachtung finden. Die Thüringer Justiz hat im vergangenen Jahr 69 Ermittlungsverfahren wegen antisemitischer Taten eingeleitet. Und das sind nur die Fälle, die den Ermittlungsbehörden angezeigt wurden. Aus Gedanken werden Taten. Auch das belegt die Untersuchung. Menschen, die antisemitische Einstellungen vertreten, sind deutlich gewaltbereiter als Menschen, die dies nicht tun. Der antisemitische Anschlag von Halle ist kein Einzelfall. Er ist die Spitze des Eisbergs.

Die AfD deckt die Täter. Das ist – leider – nichts Neues. Ich führe es aber deshalb hier noch einmal aus, weil es bei einigen Demokraten erkennbar die Bestrebung gibt, die Demokratiefeindlichkeit der AfD auszublenden, um sich anschließend mit ihrer Hilfe einen Vorteil im Wettbewerb der demokratischen Parteien zu verschaffen. Nicht jede und jeder, der die AfD wählt, ist ein Nazi. Aber jede und jeder muss wissen, dass man mit der Wahl der AfD Nazis darin unterstützt, politischen Einfluss zu gewinnen. Dasselbe gilt, wenn demokratische Politiker billigend die Unterstützung der AfD in Kauf nehmen. Dann beteiligen sie Nazis an der Macht. Das darf es in Deutschland nie wieder geben. Nie wieder.

Pflege-Personalquoten in allen Kliniken notwendig

Der Thüringen-Monitor 2019 zeigt uns, wie es um die Pflege- und Gesundheitsversorgung aus der Sicht der Bürger*innen gestellt ist. Unterm Strich zeigen sich die Thüringer*innen sehr zufrieden. Und diese Zufriedenheit stärkt offensichtlich auch das Vertrauen in demokratische Politik. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis des Thüringen-Monitors. Es bestärkt uns, diese Art der Politik fortzuführen.

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die jetzige Landesregierung ist auch deshalb so hoch, weil das Gesundheitsministerium in den vergangen fünf Jahren gemeinsam mit den Kassen, mit Ärzten, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen spürbare Verbesserungen umsetzen konnte: die Facharztquote, die Investitionsförderung für Krankenhäuser, die Unterstützung niedergelassener Ärzte in ländlichen Regionen und von Hebammen, die Finanzierung von Gemeindeschwestern und vieles mehr.

Aber natürlich zeigt der Thüringen-Monitor auch auf die Herausforderungen, die noch vor uns liegen. Deshalb war es richtig und wichtig, dass die Pflegekräfte des Universitätsklinikums Jena (UKJ) mit der Krankenhausleitung kürzlich Personalquoten für alle Bereiche ausgehandelt haben. *(Im Foto eine gemeinsame Aktion der Fraktion mit Jenaer Pflegekräften am 19. Juni).* Und diese Personalquoten bezeichnen auch nicht lediglich Untergrenzen. Sondern sie legen Personalschlüssel fest, wie sie für eine gute Pflege notwendig sind. Was für das UKJ gut ist, kann für die anderen Thüringer Kliniken nicht schlecht sein. Wir brauchen in allen Kliniken Personalquoten in der Pflege. Nur so ermöglichen wir gute Pflege und gute Arbeit in allen Häusern. Das ist eine Aufgabe, der sich die demokratischen Parteien gemeinsam stellen sollten.

Die Symptome in der Altenpflege sind vergleichbar: Zu wenige Pflegekräfte müssen sich um zu viele Pflegebedürftige kümmern. Die Ursachen aber sind andere. Zum einen verzichten die Einrichtungen auf die Einstellung zusätzlichen Personals, um die Kosten und damit die Zuzahlungen für die Betroffenen nicht noch weiter in die Höhe zu treiben. Hier muss mit dem Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung gegensteuert werden.

Zum zweiten – auch das hängt direkt an der Frage der Finanzierung – sind die Löhne in der Altenpflege verglichen mit denen in den Krankenhäusern, aber auch verglichen mit denen in Hessen oder Bayern, viel zu niedrig. Wenn eine examinierte Altenpflegerin in Bayern 600 Euro monatlich mehr verdient als in Thüringen, dann können wir ausbilden so viel wir wollen. Die Pflegeeinrichtungen in Thüringen werden gegenüber denen in den westdeutschen Nachbarländern aber auch gegenüber den Thüringer Krankenhäusern mit besserer Bezahlung immer das Nachsehen haben.

Um hier Abhilfe zu schaffen, bedarf es einer konzertierten Aktion aller Beteiligten. Auch das ist ein dickes Brett. Umso wichtiger ist es, dass alle demokratischen Parteien sich einbringen und gemeinsam nach einer Lösung suchen.

Herausforderungen

Aus der Regierungserklärung von Bodo Ramelow zum Thüringen-Monitor

Die Erhebungen des Thüringen-Monitors definieren wissenschaftlich präzise und empirisch fundiert die politischen Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer. Der Thüringen-Monitor beschreibt die Herausforderungen und den Handlungsauftrag für alle, die in unserem Land Verantwortung tragen: in der Regierung, im Parlament, ob in der Koalition oder in der Opposition.

Wir wissen durch den Thüringen-Monitor, dass über die Jahre bis zu einem Viertel der Bewohner des Freistaates empfänglich ist für rechtsextreme oder antisemitische Einstellungen. Diese Erkenntnis ist bitter – und der demokratische Auftrag ist eindeutig. Der Schwur von Buchenwald verpflichtet uns zu dem: Nie wieder. Es fügt sich deshalb gut, dass sich die erste grundsätzlichere Debatte des neugewählten Landtages mit den Ergebnissen des diesjährigen Thüringen-Monitors befasst.

Foto: ©Thüringer Landtag

Wir müssen Hass und Hetze entgegentreten

Ich nenne an dieser Stelle aus gutem Grunde an vorderster Stelle das Thema Bekämpfung des Antisemitismus. Der Thüringen-Monitor zeigt auf, dass die Zustimmung zu der antisemitischen Aussage, „die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“, signifikant gestiegen ist von neun Prozent in 2018 auf 16 Prozent in diesem Jahr.

Wir dürfen in unseren Anstrengungen, jüdisches Leben in Thüringen zu unterstützen und zu fördern, nicht nachlassen. Ebenso wie Antisemitismus in unserer Gesellschaft – egal in welcher Form – kein Platz eingeräumt werden darf, sage ich ganz deutlich: Keine Jüdin, kein Jude in unserem Freistaat soll wegen ihres oder seines Glaubens Furcht haben müssen.

Wir müssen Hass und Hetze entgegentreten, überall – auch und gerade im Netz. Wir müssen seit einigen Jahren zur Kenntnis nehmen, dass sich die Grenzen des Sagbaren stetig weiter nach rechts verschieben. Was früher tabuisiert war, gehört heute leider schon fast zur Normalität.Die Landesregierung hat deshalb eine Thüringer Initiative gegen Hass und Hetze im Internet auf den Weg gebracht. In diesem Format diskutieren Politiker, Medienvertreter und Praktiker über geeignete Wege und Maßnahmen, um die Verletzung zentraler Rechtsgüter – wie die Menschenwürde, das Benachteiligungsverbot oder auch die Glaubensfreiheit im Netz – zu verhindern oder zumindest stark einzudämmen.

Es gehört zur Wahrheit, dass es in diesem Parlament eine Partei gibt, die aktiv daran beteiligt ist, die Grenzen des Anstands zu verschieben. Es ist ein ehemaliger Thüringer Abgeordneter, der unter anderem wegen seiner antisemitischen Hetze – in einem bisher einmaligen Vorgang – als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages abgewählt wurde. Und mir ist kein Abgeordneter der AfD in diesem Hause bekannt, der sich von Herrn Brandner distanziert hat, geschweige denn ein Wort der Scham geäußert hätte.

Einher mit dem Anstieg des Antisemitismus steigen die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen und der Verharmlosung des Nationalsozialismus in besorgniserregendem Maße. Für diesen Anstieg sind viele Faktoren verantwortlich und es wäre illusorisch anzunehmen, dass bessere Bildung alleine für ausreichend Schutz sorgen könnte. Aber sie kann helfen und unterstützen und gehört schon deshalb auf den obersten Platz der politischen Agenda.

Diese Menschen sind die Heldinnen und Helden des Alltags

Der thematische Schwerpunkt des diesjährigen Thüringen-Monitors behandelt die Felder Gesundheit und Pflege. Es war uns wichtig, diesem Themenfeld, das alle Bürgerinnen und Bürger berührt, eine größere Aufmerksamkeit zu geben. Ich bin überzeugt, dass sich gerade an diesen Fragen der praktische Auftrag einer bürgernahen und gemeinwohlorientierten Politik ableiten lässt.

Fragen einer älter werdenden Gesellschaft, der spezifischen Probleme des ländlichen Raumes, des Einsatzes digitaler Technik und Fragen eines gerechten und egalitären Gesundheitssystems insgesamt verlangen nach produktiven, vorwärtsweisenden Antworten. Aus vielen Gesprächen, aber auch aus eigener Erfahrung weiß ich, dass diese Antworten wichtig sind für die vielen Bürgerinnen und Bürger in unserem Freistaat, die als Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegesektor eine unglaublich wertvolle Arbeit leisten. Die Krankenschwestern, Krankenpfleger, die Hebammen, die Physio- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten, Ärztinnen und Ärzte in Landarztpraxen, Krankenhäusern oder Medizinischen Versorgungszentren, wie wir die Polikliniken heutzutage nennen.

Die Antworten sind aber auch wichtig für die große Zahl pflegender Angehöriger. Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates, die ihre Eltern, Partner oder Kinder pflegen, oftmals parallel zu beruflicher Tätigkeit, die jeden Tag eine Vielzahl von Bällen jonglieren, um Alltag und Pflege unter einen Hut zu bekommen, ohne sich dabei selbst zu verlieren, diese Menschen sind die Heldinnen und Helden des Alltags.

https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Ministerpraesident/Regierungserklaerungen-und-Reden/THM_2019.pdf

Zahlen und Fakten

Erhöhter Pflegebedarf

Die Anzahl der Pflegebedürftigen in stationären und ambulanten Einrichtungen für das Jahr 2017 betrug gut 54.000. Im Jahr 2013 waren es fast 8000 weniger. Das bedeutet einen Anstieg von 16 Prozent. Von 2009 zu 2017 bedeutet das sogar einen Anstieg von 34 Prozent. Auch wenn dieser Anstieg aus der Umstellung von Pflegestufen auf Pflegegrade resultiert, ist bereits im Jahr 2017 die Prognose für 2030 eingetreten.

Die Veränderung in der Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung ist bis 2035 rasant. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre wird auf mehr als ein Drittel anwachsen. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren nimmt absolut und anteilig stark ab. Wir werden deshalb bis zum Jahr 2030 über 40.000 zusätzliche Pflegekräfte einstellen müssen, um jene zu ersetzen, die in Rente gehen und um neue Kräfte zu haben, um dem dann erhöhten Pflegebedarf gerecht werden zu können. Die Erfordernisse für ein würdevolles Leben im Alter sind vielfältig und anspruchsvoll. Wir brauchen Barrierefreiheit, altersgerechte Mobilitätskonzepte und nicht zuletzt Wohnformen, die ein Höchstmaß an Selbstbestimmung ermöglichen.

Der Thüringen-Monitor hat die Betroffenen nach ihren Wünschen befragt und ihre Antworten stellen uns vor große Herausforderungen.

Die Senioren in Thüringen wünschen sich bevorzugt:

- die Betreuung durch Familienangehörige in der eigenen Wohnung,
- das Leben in einer Seniorenwohngemeinschaft oder einem Mehrgenerationenhaus,
- die Betreuung durch einen ambulanten Pflegedienst in der eigenen Wohnung,
- den Umzug in eine seniorengerechte Wohnung.

Die genannten Wohnformen werden von ca. 40 Prozent der Befragten für wünschenswert gehalten. Deutlich niedriger ist mit 30 Prozent die Zustimmungsrate zu einer betreuten Wohnform in einer Einrichtung. Mit weitem Abstand auf dem letzten Platz liegen die Pflegeheime. Die Zustimmung zu ihnen beträgt gerade einmal neun Prozent. Wir brauchen eine ressortübergreifende Anstrengung, um dem berechtigten Wunsch vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger nach bedürfnisgerechten Wohnformen im Alter Rechnung zu tragen.

Aus der Regierungserklärung von Bodo Ramelow

Eine wichtige Anlaufstelle für Frauen

Gewinn aus der LINKEN Frauenfußball-Weltmeisterschaftswette an Brennessel e.V.

Kürzlich hatte die LINKE Landtagsabgeordnete Karola Stange dem Brennessel e.V. in Erfurt 1.032 Euro überreicht. Dieser Betrag stammt aus der Aktion „Raus aus dem Abseits! Rein ins Leben“, initiiert von der ehemaligen Landtagsabgeordneten Sabine Berninger.

Die Einnahmen aus der Frauenfußball-Weltmeisterschaftswette gingen an ausgeloste Thüringer Mädchen- und Frauenprojekte.

Karola Stange würdigte den Brennessel e.V., weil das Frauenzentrum eine wichtige Anlaufstelle ist für Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind oder waren, egal ob physischer oder psychischer Art. Die Brennessel versteht sich als sozialer Ort, an dem Möglichkeiten zur Entfaltung persönlicher Stärken, zum Experimentieren und zum sozialen Lernen gegeben sind. Sie leistet Prävention und Opferschutz, frauenspezifische Bildungsarbeit und frauenpolitische Öffentlichkeitsarbeit. Das heißt, der Verein hilft Frauen, die z.B. sexualisierte Gewalt erfahren habe, und klärt über solche Themen auch öffentlich auf. Damit leistet das Zentrum eine wichtige Arbeit.

Das Engagement von und für Frauen und Mädchen zu unterstützen und den Fokus auf den Frauensport zu lenken, war Motivation der Weltmeisterschaftswette, mit der Politiker*innen der Thüringer LINKEN zur FIFA-Fußball-WM im Sommer mehr als 4.000 Euro erspielt hatten. Aus ganz Thüringen wurden neun Projekte vorgeschlagen und per Losverfahren die Gewinner gezogen. Die weiteren Gewinner waren: Frauen für den Nahen Osten e.V., Frauenhaus Eisenach, das Frauenzentrum Bad Salzungen, der FrauenFußball-Club F.F.C. Gera sowie das Frauenzentrum Bad Salzungen.

Wettbewerbe wie diese zeigen, was Mädchen und Frauen leisten und erreichen können. Auf der anderen Seite wird deutlich, dass die Leistung der Männer einfacher und mehr Beachtung findet.

Die Zeiten des berüchtigten Kaffeeservice als Prämie für die Fußballerinnen sind vorbei. Jedoch nennt man die Weltmeisterschaft der Frauen nicht selbstverständlich FIFA-Fußball-WM wie bei den Männern, sondern immer noch Frauen-Fußball-WM.

Gebäudesanierungen

Verband warnt

Nach einer Prognose des Verbandes der Thüringer Wohnungs- und Immobiliewirtschaft werden in den kommenden Jahren im Zuge von Gebäudesanierungen die Mieten steigen. Die Sanierungskosten könnten in vielen Fällen mit bis zu fünfprozentiger Mietsteigerung pro Jahr durchschlagen.

Dazu erklärte Ute Lukasch, die Sprecherin für Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Landtag: „Es steht sicherlich außer Frage, dass Gebäude durch Sanierungsmaßnahmen modernisiert werden müssen. Allerdings darf dies nicht dazu führen, dass Mieten nicht mehr bezahlbar sind. In Erfurt, Jena und Weimar müssen viele Menschen jetzt schon mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Die vielerorts hohen Mieten werden so zu einer existenziellen Frage, da den Menschen nicht mehr ausreichend Geld zum Leben bleibt“, konstatierte Ute Lukasch.

Wenn jetzt eine neue Modernisierungswelle bevorstehe und gleichzeitig der Bestand an Wohnraum bezahlbar gehalten werden soll, müsse dringend gegengesteuert werden. Eine Möglichkeit wäre, die Modernisierungsrichtlinie anzupassen.

„Wir nehmen die Hinweise der Wohnungswirtschaft sehr ernst. Ein erstes Gespräch hat bereits stattgefunden, und wir werden dazu weiter im Kontakt bleiben. Dabei müssen wir aber auch über einen Mietendeckel reden, um genügend bezahlbaren Wohnraum anzubieten“, so die LINKE Politikerin.

„Eine starke Stimme“

Joachim Leibiger, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderungen

In der Landtagssitzung am 12. Dezember wurde mit 68 Ja-Stimmen bei neun Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen Joachim Leibiger zum Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen gewählt. Es ist die zweite Amtszeit des gebürtigen Weimarers, der bereits im Dezember 2015 erstmals Behindertenbeauftragter des Freistaats geworden war.

Er freue sich über die große Unterstützung der Abgeordneten des Thüringer Landtages, sagte Joachim Leibiger nach seiner Wahl und betonte: „Das verstehe ich als Anerkennung für das in der Vergangenheit Geleistete und als Auftrag für die Zukunft. Ich rufe alle Abgeordneten, Kommunen, Behörden, Vereine und Verbände dazu auf, mit mir gemeinsam an einer inklusiven Gesellschaft zu bauen und damit die Demokratie in unserem Freistaat zu stärken.“ Landtagspräsidentin Birgit Keller (LINKE) würdigte den Landesbehindertenbeauftragten sowie seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und dankte für das bisherige Engagement: „Joachim Leibiger spricht mit starker Stimme für die, die nicht immer stark sein können. Damit ist er ein engagierter Anwalt für Menschen mit Behinderungen. Ich wünsche ihm für seine weiteren Aufgaben viel Kraft und Erfolg.“

Karola Stange, die Sprecherin für Gleichstellung, Behindertenpolitik und Soziales der Linksfraktion im Thüringer Landtag, schloss sich den Glückwünschen an und verwies darauf, dass mit dem neuen Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen die Funktion des Landesbehindertenbeauftragten gestärkt wurde und damit auch die Interessenvertretung behinderter Menschen in Thüringen.

Hintergrund:

Die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten für die Wahl zum Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen gemäß § 16 des Thüringer Gesetzes zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen den bisherigen Landesbeauftragten erneut vorgeschlagen. Joachim Leibiger ist zudem Vorsitzender des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen.

Der wiedergewählte Beauftragte wurde im Dezember 2015 erstmals zum Behindertenbeauftragten des Freistaats Thüringen ernannt. Das Amt wurde am 1. August 2004 mit dem Ziel etabliert, die Interessen von Menschen mit Handicap besser zu vertreten. Aufgrund des neuen Inklusionsgesetzes wechselte der Behindertenbeauftragte zudem am 1. Dezember 2019 von der Landesregierung in den Geschäftsbereich des Landtags.

In Thüringen leben über 212.000 Menschen mit einer amtlich festgestellten Schwerbehinderung. Das entspricht knapp zehn Prozent der Bevölkerung.

Nicht vom Tisch wischen

Christian Schaft zur Kritik der KTS an den Semesterbeiträgen

Die Konferenz der Thüringer Studierendenschaften (KTS) – Zusammenschluss der neun Thüringer Studierendenvertretungen – befürchtet vor dem Hintergrund der Diskussionen beim Studierendenwerk über eine Erhöhung der Semesterbeiträge, dass eine Kostensteigerung allein von den Studierenden getragen werden muss.

Die Studierendenvertreter wiesen darauf hin, dass die Semesterbeiträge schon in den vergangenen Jahren um insgesamt 14 Euro angehoben wurden, jetzt sei von einer Steigerung um 12 Euro die Rede. Grund für die Steigerung seien Renovierungen und höhere Personalkosten in den Mensen und Cafeterien.

Dazu stellte Christian Schaft, hochschul- und wissenschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, fest: „Die Kritik der Landesstudierendenvertretungen sollten wir ernst nehmen. Auch wenn das Land Thüringen in den letzten fünf Jahren unter Rot-Rot-Grün deutlich beim Studierendenwerk, bei Mensen und Wohnheimen investiert hat, sollten Lösungen gefunden werden, um zusätzlichen finanziellen Belastungen für Studierende durch steigende Semesterbeiträge entgegenzuwirken."

„Ein Semesterbeitrag von beispielsweise über 260 Euro an der Uni Erfurt ist für viele Studierende nicht mal eben so zu stemmen. Und das betrifft auch die anderen Hochschulen. Dort, wo wir als Land die Möglichkeit haben, die Belastung für die Studierenden zu senken, sollten wir aktiv werden", sagte der LINKE-Politiker. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den rot-rot-grünen Koalitionsvertrag der letzten Legislaturperiode, in dem vereinbart war, die finanzielle Belastung für die Studierenden zu begrenzen, und erklärte: „Das sollte noch immer das gemeinsame Ziel sein."

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft hatte der harschen Kritik der Konferenz Thüringer Studierendenschaften entgegnet, dass bereits erhebliche finanzielle Mittel für Wohnheime, Mensen und die Grundfinanzierung des Studierendenwerks geflossen seien. „Dass wir erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um über 1000 neue und sanierte günstige Wohnheimplätze zu schaffen, Mensen zu sanieren und auch das Studierendenwerk besser auszustatten, ist völlig richtig. Aber dennoch wird offensichtlich im Verwaltungsrat des Studierendenwerks über eine erneute Erhöhung des Semesterbeitrages diskutiert. Das sollten wir zum Anlass nehmen, uns als Land mit dem Studierendenwerk und der Landesstudierendenvertretung an einen Tisch zu setzen, das Problem genauer zu analysieren und eine Lösung zu finden, die nicht die Studierenden zusätzlich belastet", unterstrich Christian Schaft.

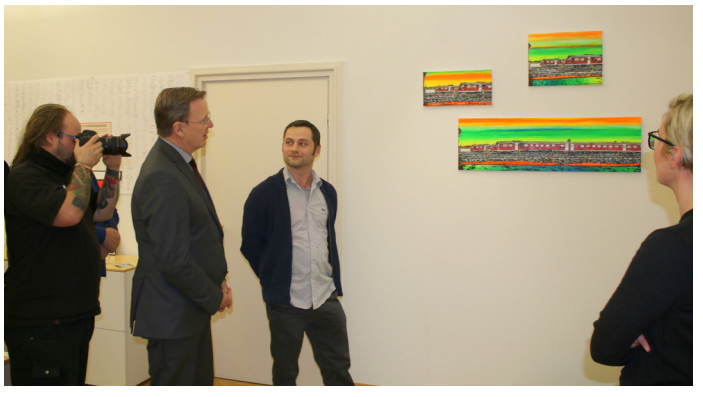
„Ding Dong! Hallo ich bin's der Neue! Der neue Landtagsabgeordnete vor Ort! Sie kennen mich noch nicht? Deshalb waren wir fleißig klingeln am Eichicht in Ilmenau. Vorstellen, ins Gespräch kommen und zur Weihnachtszeit auch was zum Naschen dalassen. Auch wenn das Büro noch ein paar Tage braucht, bis es arbeitsfähig ist, sind wir schon mal ansprechbar für eure und Ihre Anliegen, Ideen und Probleme in Ilmenau und darüber hinaus im ganzen Ilm-Kreis. Regelmäßig wollen wir deshalb auch dort an die Haustüren. Also bis zum nächsten Besuch! #Haustürgespräch #vonTürzuTür"#LINKE #Ilmenau #Ilmkreis."

Bilder mit Signalwirkung

Peer Galus übergab Dreier-Bild für Fraktionsvorsitzenden-Büro

Bodo Ramelow war mit dabei, als am 11. Dezember, am Rande der Landtagssitzung, der Erfurter Künstler Peer Galus im Büro der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, drei seiner Arbeiten, die unter dem Titel „Wahl zum neo liberalen konservativen sozialen ökologischen Volksvertreter 2019" zusammengefasst sind, übergab.

Peer Galus, dessen Werke mit Spraydosen auf Leinwand entstehen, schenkte diese Bilder der Fraktionsvorsitzenden als künstlerische Auseinandersetzung mit der Thüringer Landtagswahl. Seine Arbeit schildert der Künstler selbst wie folgt: „Die drei Bilder entstanden unter dem Arbeitsthema Wahlen. Und zwar vor der Wahl, als sich schon damals abzeichnete, dass das Ergebnis sehr schwierig einzuschätzen war, da viele unterschiedliche Parteien um die Führung kämpften und dicht beieinander liegen würden. Da sich meine Bilder fast immer in der Bahnwelt abspielen, versuchte ich auch dieses Thema in dieser unterzubringen und auf meine Weise darzustellen. Das Dreier-Bild hat nicht nur wegen der Signalwirkung Neonfarben, sondern auch weil ich bewusst versuchte, keine Parteienfarben dominieren zu lassen."



https://www.galuspeer-acrylmalerei.com

Rechtsterrorismus

Verbindungen nach Thüringen

2015 wurde in den USA eine rechtsterroristische Gruppe namens „Atomwaffen Division" gegründet. Sie soll für mehrere Morde in den USA verantwortlich sein, propagiert den bewaffneten Kampf und beschwört einen „Rassenkrieg". Der deutsche Ableger gründete sich 2018 und fiel zuletzt durch Morddrohungen auf.

Durch den Leak eines großen Neonazi-Forums (Iron March) wurden Verbindungen nach Thüringen bekannt. Ein im Forum Aktiver, der sich „Antidemokrat" nennt, dort u.a. Hitler verherrlichte und Antisemitismus verbreitete, ist der Neonazi Leon R. aus Eisenach. Er ist „tief in die extrem rechte Szene eingebunden", so Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion. Leon R. trainiert bei ‚Knockout51', einer Neonazi-Kampfsportgruppe, die wiederum ans sogenannte „Flieder Volkshaus" der Geschäftsstelle der NPD, angebunden ist.

Eisenach gilt seit Jahren als eine Hochburg der extrem rechten Szene, was nicht nur durch zahlreiche rassistische, antisemitische und neonazistische Aufkleber und Graffiti im Stadtbild offensichtlich wird, sondern auch durch Bedrohungen und Übergriffe auf nichtrechte Menschen.

Katharina König-Preuss warnte: „Die hohe Gewaltaffinität der Neonazis rund um Leon R. äußert sich auch in Form von Waffentrainings und Schießübungen. Zumindest ein Bild belegt seine Teilnahme an einer Fahrt nach Tschechien, bei der es auch zu Schießtrainings gekommen sein soll."

Mutmaßlich hat Leon R. auch am in Kiew stattgefundenen NSBM (National Socialist Black Metal)-Fest „Asgardsrei" teilgenommen, dem Verbindungen zur bewaffneten ukrainischen „Asow-"Miliz nachgesagt werden. Das „Asgardsrei" erfährt wiederum von der NSBM-Band „Absurd" um den Thüringer Neonazi Hendrik Möbus, der wegen Mordes verurteilt wurde („Satansmörder"), Unterstützung. „Absurd" trat sowohl 2017 als auch 2018 als Headliner auf dem Fest auf. Zu Möbus pflegte laut Recherchen der ZEIT der ebenfalls der rechtsterroristischen Atomwaffen-Division zugehörige Amerikaner Kyle M. - ihm wurde jüngst die Einreise nach Deutschland verweigert - Kontakt.

Sowohl Akteure vor Ort, die Opferberatung in Thüringen als auch die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag warnen seit Jahren vor der Eskalation in Eisenach. Ein entsprechendes und wahrnehmbares Reagieren der Sicherheitsbehörden in Eisenach ist bisher nicht feststellbar.

Katharina König-Preuss hat dazu eine Kleine Anfrage im Landtag eingereicht.

Nebenbei notiert

Diese Personen

KOMMENTAR VON
MDL KATHARINA KÖNIG-PREUSS

Mit Ja-Stimmen der CDU und der FDP im Landtag wurden Uwe Thrum (als Mitglied) und Torsten Czuppon (als stellvertretendes Mitglied), beide Abgeordnete der faschistischen AfD, in den Landesjugendhilfeausschuss von Thüringen gewählt. Beide Personen sind extrem rechts einzuordnen.
Uwe Thrum likt bei Facebook bspw. mehrere der extrem rechten Szene zuzuordnende Gruppen wie „Nein zum Heim in Guben“ oder „Wir lieben den Saale-Holzland-Kreis“, die wiederum Thügida zuzuordnen sind und u.a. für den Aufmarsch von Neonazis zum Hess-Todestag in Jena mobilisierten.
Torsten Czuppon ist der Polizist, der mit eindeutig der Neonazi-Szene zuzuordnenden Kleidung (Thor Steinar) u.a. bei Parteitagen der AfD auffiel (aber wohl auch in Buchenwald) und per Facebook einen diffamierenden und beleidigenden Beitrag über Bodo Ramelow verbreitete. Beim Deutschlandfunk relativierte Czuppon Neonazi-Codes: „(...) es gibt ja schon Buchstaben, die verboten sind. Also zum Beispiel ‚HH‘ - das könnte Herr Höcke heißen oder was auch immer. (...) Oder ‚AH‘ - da sieht man immer ganz böse Parallelen (...). Das ist aber alles Käse. (...)“.
Czuppon geht aber noch weiter: er relativiert NS-Verbrechen und verbreitete Artikel, in denen es u.a. hieß: „Am 8. Mai 2017 jährt sich zum 72. Mal das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte: Ein von Machtgier, Neid und Rassenhass initiierter Völkermord an der deutschen Bevölkerung.“ Nicht die Shoa, sondern die Befreiung vom Faschismus ist also nach Ansicht dieses AfD-Landtagsabgeordneten das größte Verbrechen gewesen.
Diesen Personen haben CDU und FDP heute mit ihren JA-Stimmen ermöglicht, demnächst über die Jugendpolitik in Thüringen mit zu entscheiden.
Aus dem Facebook-Eintrag von Katharina König-Preuss am 12. Dezember

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Journalisten gewürdigt

Ausstellung „PresseFoto Hessen-Thüringen 2019“ im Landtag

Die Preisverleihung des Wettbewerbs „PresseFoto Hessen-Thüringen 2019“ mit der Prämierung der Siegerfotos in sieben Kategorien fand in diesem Jahr in Thüringen statt. Erstmals wurde zeitgleich auch der Thüringer Journalistenpreis 2019 verliehen. Er ging an Sebastian Haak für dessen qualitativ hochwertige Leistungen“, wie die Jury lobte.

Landtagspräsidentin Birgit Keller (LINKE) (s. Foto) hatte gemeinsam mit der Vorsitzenden des DJV (Deutschen Journalisten-Verbandes) Thüringen Heidje Beutel die festliche Veranstaltung am 3. Dezember im Thüringer Landtag eröffnet. Der alljährliche Wettbewerb „PresseFoto Hessen-Thüringen“, der unter der Schirmherrschaft der Landtagspräsidenten in Thüringen und Hessen steht, würdigt die Arbeit fotografierender, hauptberuflicher Journalistinnen und Journalisten aus den beiden Ländern und resümiert das Zeitgeschehen des zurückliegenden Jahres.

Birgit Keller betonte: „Wir brauchen Medien, die frei, unabhängig, kompetent und mit kritischer Distanz über Politik und Gesellschaft berichten. Das ist die Grundlage unserer Demokratie. Deshalb gilt den Journalisten und Fotoreportern, die ihre Kraft und ihr Engagement für die Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen, großer Dank.“

Das „Foto des Jahres 2019“ kommt von Bodo Schackow, der aus Gera stammt. Ihm gelang auf der CDU-Regionalkonferenz in Seebach das Bild „Auswahl“. Es zeigt die drei Bewerber um den CDU-Parteivorsitz, Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn, und nimmt – zumindest vom Farbenspiel her – das spätere Ergebnis vorweg.

Die Landesverbände des Deutschen Journalisten-Verbandes von Hessen und Thüringen sind Ausrichter von Wettbewerb und Ausstellung. Von Beginn des Wettbewerbs vor dreizehn Jahren an sind die Präsidenten der Landtage von Hessen und von Thüringen Schirmherren des Wettbewerbs. Im Wechsel findet die Preisverleihung jeweils in Hessen oder in Thüringen statt. Die Ausstellung zu den Siegerarbeiten für 2019 wird nun erstmals im Landtag präsentiert, bevor sie im kommenden Jahr auf Tour geht und an verschiedenen Stellen in Thüringen zu sehen sein wird.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 12. Januar 2020 und ist Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Am Wochenende nach Vereinbarung (Tel.: 0361 37 72005). Der Eintritt ist frei.

Damit die Küche endlich barrierefrei wird

Zur Unterstützung der Arbeit von „Aktiv im Leben mit Behinderung Wartburgkreis e.V.“ hatte kürzlich Kati Engel eine Spende der Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der Linksfraktion überreicht. Das Geld soll für den Umbau der Küche in der heilpädagogischen Wohneinrichtung genutzt werden, damit diese endlich barrierefrei wird und alle zusammen kochen können. „Zur Einweihung werden wir Sie natürlich wieder einladen“,

freute sich Dennis Petschner, Mitglied des Vorstands. Die Landtagsabgeordnete will gerne kommen.
Wie Philipp Pommer vom offenes Jugend- und Wahlkreisbüro RosaLuxx in Eisenach weiter informierte, bietet der Verein Hilfen im sozialen, beruflichen, gesundheitsfördernden und gesundheitserhaltenden Bereich. Beratung, Lebenshilfe und Unterstützung im Alltag stehen dabei im Vordergrund. Durch ein attraktives und reges Vereinsleben werden diese Bemühungen unterstützt. Sie vertreten die Interessen behinderter Menschen und die der Angehörigen gegenüber Behörden und Institutionen und legen großen Wert auf die Zusammenarbeit mit öffentlichen Trägern, der Kommune und dem Landkreis. Der Grundsatz „So viel Hilfe wie nötig und so viel Selbstbestimmung wie möglich“ ist einerseits Arbeitsgrundlage, aber auch Zielvorstellung.

Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Annette Rudolph (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2325, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler